



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche brachen wir das Versorgungsstärkungsgesetz ein. Es richtet die medizinische Versorgung weiter am Bedarf der Menschen aus und schreibt nicht nur die Überversorgung in Ballungsräumen fort, wo es heute aus historischen Gründen viele Arztpraxen gibt. Denn insbesondere in ländlichen Gebieten steigt der Versorgungsbedarf. Das Gesetz gibt den Verantwortlichen vor Ort mehr Spielraum, ganz flexibel nach regionalen Bedürfnissen relativ starke Anreize für eine Niederlassung in unterversorgten oder strukturschwachen Gebieten zu setzen. Dazu wird etwa die Einrichtung eines Strukturfonds erleichtert, aus dem Investitionszuschüsse, Vergütungsanreize und vieles mehr finanziert werden können.

Wo es Unterversorgung gibt, ermöglicht das Gesetz medizinische Versorgungszentren in kommunaler Hand und bindet die Krankenhäuser in die ambulante Versorgung mit ein. Praxisaufkäufe sind künftig nur noch mit ausdrücklicher Zustimmung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) durchsetzbar. Entscheidungsgrundlage ist immer eine Bedarfsanalyse der KV.

Auch stärkt das Gesetz die Patientenrechte. Termin-Servicestellen verhelfen gesetzlich Versicherten künftig in dringenden Fällen innerhalb von bis zu vier Wochen zu einem Termin bei einem niedergelassenen Facharzt oder im Krankenhaus. Zugleich geht es darum, die Versorgung klug weiterzuentwickeln. In einem Innovationsfonds stehen von 2016 bis 2019 pro Jahr 300 Millionen Euro gezielt für Projekte bereit, die neue Wege in der Versorgung beschreiten.

Ergänzend haben wir die Rahmenbedingungen für (Haus-)Ärzte weiter verbessert. Dazu zählt neben dem Abbau von Bürokratie und regionalen Vergütungsunterschieden insbesondere die Erhöhung der geförderten Weiterbildungsstellen in der Allgemeinmedizin um 50 Prozent auf 7.500 Euro.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

KURZ UND BÜNDIG

27.2. Zukunftskongress der CDU Niedersachsen mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière

28.2. Klausur der CDU-Gemeinderatsfraktion Cremlingen

2.3. Gemeinsamer Informationsaustausch der Kreisausschüsse der Landkreise Wolfenbüttel und Helmstedt

6.3. Parlamentarisches Frühstück „Versorgungssicherheit in bewegten Zeiten“ der Open Grid Europe

DABEI SEIN – TERMINE

10.3. 9 bis 10 Uhr Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Wolfenbüttel

12.3. Ab 19:30 Uhr Vortrag über meine politische Arbeit bei der Kolpingsfamilie der Katholischen Pfarrgemeinde St. Bernward, Pappeldamm 76, 38239 Salzgitter-Thiede

26.-28.3. Von 9 bis 18 Uhr ist das Infomobil des Deutschen Bundestages in der Fußgängerzone Salzgitter-Lebenstedt (vor dem Schuhhaus Deichmann)



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 2. bis 6. März

Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung. Wir beschlossen die gefundene Einigung zur sogenannten Mietpreisbremse in zweiter und dritter Lesung. Mit ihr erhalten die Landesregierungen die Möglichkeit, für eine Dauer von maximal fünf Jahren Gebiete festzulegen, in denen beim Abschluss von Mietverträgen die Miete höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Gestattet ist diese Festlegung, wenn eine angespannte Marktsituation etwa durch eine geringe Leerstandsquote oder deutliche Preisanstiege nachweisbar ist.

Neben der Mietpreisbremse führen wir im Maklerrecht das Prinzip „Wer bestellt, der zahlt“ ein. Damit treten wir dem Missstand entgegen, dass auf angespannten Märkten bisher regelmäßig der Mieter mit den Kosten der Wohnungsvermittlung belastet wird – das galt bisher auch dann, wenn es der Vermieter selbst war, der die Maklerdienste in Anspruch genommen hat. Der Mieter zahlt zukünftig die Courtage nur, wenn der Makler ihm die

Wohnung ausschließlich aufgrund des Vermittlungsvertrages beschafft hat.

Klar ist aber auch: Das wirksamste Mittel gegen hohe Mieten ist der Neubau von Wohnungen. Deshalb hat die Union dafür Sorge getragen, dass sich Investitionen in Neubauvorhaben weiterhin lohnen. Die Vermietung neu errichteter Wohnungen ist von der Mietpreisbremse ausgenommen. Gleiches gilt für umfassende Modernisierungen, die insgesamt zu einer Steigerung der Wohn- und Lebensqualität in unserem Lande führen. Hierbei stehen auch die Kommunen und Länder in der Pflicht. Ärgerlich ist es dann zu erfahren, dass die rot-grüne Landesregierung Niedersachsens 36,2 Millionen Euro Bundesmittel für die Städtebauförderung nicht nutzte – freuen können sich nun andere Bundesländer, die in den Genuss dieser Finanzierungshilfe kommen.

Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung. Mit dem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung berieten, greifen wir wichtige Vorhaben des Koalitionsvertrages auf. Zum einen wollen wir die Grundlage dafür schaffen, dass seit acht Jahren in Deutschland lebende Zuwanderer, die für ihren Lebensunterhalt weitgehend selbst aufkommen und eine anerkannte Integrationsleistung erbracht



Die „fette Henne“ hängt im Plenarsaal hinter dem Präsidium. Ursprünglich geht der Spitzname des Bundesadlers auf ein Gipsmodell des Bildhauers Ludwig Gies zurück, das er für den ersten Nachkriegsplenarsaal gestaltete. Norman Foster gestaltete das aktuelle Modell, das mit 58 m² ca. ein Drittel größer ist als sein Vorgänger: Vier mattlackierte Aluminiumschichten bringen es auf stolze 2,8 Tonnen. Die Rückseite durfte Foster selbst gestalten: Sie orientiert sich weitgehend an der Vorderseite, nur verläuft die Linie zwischen Ober- und Unterschnabel nicht streng, sondern sie zeigt ein Lächeln – Politik macht schließlich auch Spaß! Auf dem linken Flügel datierte und signierte Foster sein Werk.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



haben, ein Bleiberecht erhalten. Zudem werden die Möglichkeiten für legale Aufenthalte für gut integrierte ausländische Jugendliche weiter verbessert. Gleichzeitig streben wir eine grundlegende Neuordnung des Ausweisungsrechts an. Das dreistufige Ausweisungsrecht soll durch eine Ausweisung nach Abwägung von Bleibe- und Ausweisungsinteressen unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls ersetzt werden. Verschiedene Neuregelungen zur Erleichterung des Vollzugs aufenthaltsrechtlicher Entscheidungen ergänzen diese Neuordnung. Schließlich wird nach dem Abschluss einer Pilotphase für die Neuansiedlung von Schutzsuchenden (Resettlement) eine eigenständige Rechtsgrundlage hierfür geschaffen.

Rede im Plenum zur Beschäftigungssituation von Frauen. 1977 erkannte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 8. März als Internationalen Frauentag an. Er ist noch immer notwendig, da weiterhin keine weltweite Gleichbehandlung von Frauen und Männern existiert.

In Deutschland haben wir definitiv schon viel erreicht. Allerdings geht da noch mehr. Wenn wir die Beschäftigungssituation von Frauen betrachten, fällt auf, dass sie

- im Jahresvergleich 22 Prozent weniger verdienen als Männer (in einer bereinigten Statistik sind es sieben Prozent, die sich nur durch eine Ungleichbehandlung erklären lassen),
- gegenüber ihren männlichen Kollegen ein Rentenniveau von nur 60 Prozent haben,
- 24,6 Prozent der Aufsichtsräte von DAX-Unternehmen stellen.

Wünschenswert ist, dass die Betriebe Frauen unterstützen, Unterschiede in der Erwerbsbiographie auszugleichen: Etwa durch gezielte Fördermaßnahmen, die die in Babypausen und Erziehungszeiten erworbene soziale Kompetenz berücksichtigen. Das gilt natürlich gleichermaßen für Männer, wenn sie die Erziehung der Kinder übernehmen.

Ebenso wichtig wie vernünftig halte ich Bemühungen, Frauen gezielt zu beraten, auch

Berufe in den sogenannten Männerdomänen zu ergreifen. Allerdings bleibt es bei der Freiheit, seinen Beruf nach den eigenen Neigungen auszuwählen. Frauen entscheiden sich eben häufiger für soziale Berufe und solange wir es nicht schaffen, diese finanziell aufzuwerten, werden wir weiterhin erleben, dass Frauen im Jahresvergleich weniger verdienen.

Um Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst zu ermöglichen, verabschiedeten wir am 6. März ein Gesetz: Es sieht u.a. vor, dass ab 2016 mindestens 30 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten börsennotierter, vollmitbestimmter Unternehmen sitzen.

Abseits dieses Gesetzesvorhabens sind die Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber in Zusammenarbeit mit den Betriebs- und Personalräten aufgefordert, Entgeltungleichheit zu beseitigen. Im Trendreport Betriebsrätewahlen 2014 der Hans-Böckler-Stiftung beträgt der Frauenanteil 27,5 Prozent in den Betriebsräten. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Gerade hier bieten sich beste Möglichkeiten, für Gleichberechtigung zu sorgen.



Gespräch zur 380-kV-Leitung Wahle-Mecklar. Das Gespräch mit Bundestagsabgeordneten, durch deren Wahlkreise die 380-kV-Leitung Wahle-Mecklar führt, suchten in dieser Woche Vertreter des Landvolkes (Bundesverband sowie Landesverbände Hessen und Niedersachsen samt betroffener Kreisverbände). An dem Termin, in dem über die Ausgestaltung der Rahmenverträge mit der Tennet gesprochen wurde, nahm auch der Energiebeauftragte der CDU/CSU-Bundestags-



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



fraktion, Thomas Bareiß, teil. Thema war u.a. der Bereich Erdverkabelung.



Mittendrin im Wahlkreis 49 27. Februar bis 1. März

Dieses Mal lag wieder nur ein Wochenende zwischen zwei Sitzungswochen.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Freihandelsabkommen sorgt für mehr Wohlstand. Mit der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sollen sowohl die beim Handel zwischen der EU und den USA anfallenden Zölle als auch andere Handelsbarrieren möglichst gänzlich ausgeräumt werden. 3,5 Milliarden Euro Zölle im Industriewarenhandel zwischen Deutschland und den USA 2013 lassen die Potentiale für das Wohlstandswachstum durch TTIP gut erahnen. Gerade exportorientierte Unternehmen können so verstärkt in Innovationen investieren und die Produktpreise senken, wovon wiederum wir Konsumenten profitieren. Hinzu kommen Einsparungen durch angegliche Produktstandards: Momentan entfallen 21,5 des Warenwertes auf doppelte Zulassungen, Testverfahren etc. Gerade kleinen und mittleren Unternehmen kommen die neuen Regelungen entgegen, weil sie anders als Großunternehmen nur selten die Bürokratie- und Kostenaufwände stemmen können. Für die EU insgesamt wird mit 1,3 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen und einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um bis zu 119 Milliarden Euro pro Jahr gerechnet.

Leider ist die Medienberichterstattung zu TTIP recht selektiv, weshalb in der Öffentlichkeit viele Fragen bestehen. Auf einige möchte ich hier eingehen. Einleitend ist festzustellen, dass der Vertrag zwischen der Europäischen Kommission,

die von den EU-Ländern mit einem entsprechenden Mandat ausgestattet wurde, und der amerikanischen Regierung ausgehandelt wird.

Transparenz. Nach jeder Verhandlungsrunde werden die Sachstände von der EU im Internet verkündet: <http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/> Europaparlament, Bundestag und Bundesländer werden ausgiebig informiert; viele Organisationen und Wirtschaftsverbände sind in die Verhandlungen eingebunden.

Schutzniveaus. Es kommt zu keiner Aufweichung, sie ist im Vertrag auch nicht vorgesehen. Tatsächlich geht es um die Anerkennung ähnlich hoher Schutzniveaus. Im Lebensmittel- und Medizinbereich haben die USA teilweise höhere Auflagen als die Europäer. Weil Hormone als Masthilfsmittel in der EU verboten sind, dürfen damit behandelte Tiere nicht importiert werden. Gleiches gilt für den Einsatz von Chlor bei Schlachthühnern.

Investitionsschutz. Zu Investitionsschutz und Investor-Staat-Schiedsverfahren bestehen bereits ausreichende nationalstaatliche Rechtsregelungen. Das sehen auch die Investoren auf beiden Seiten des Atlantiks so.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

